

„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHHAUSREPORT

16. Jahrgang

11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung 02. September 2009

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 06/09

Kaufhallen +++ Seenuferweg +++ Wohnungsbauförderung

Humboldtbrücke muss weiter gebaut werden

Auf Antrag der LINKEN wurde der Oberbürgermeister in der Sitzung der SVV am 3. Juni 2009 beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im September 2009 einen aktualisierten Maßnahmen- und Finanzierungsplan für den Umbau der Nuthestraße (L40)



Mit auf den Weg...

Liebe Leserin, lieber Leser,

DIE LINKE hat in der ersten Sitzung nach der Sommerpause erneut wichtige Themen auf die Tagesordnung der SVV gesetzt. Wir wollen den freien Uferweg am Griebnitzsee. Ergänzend zum Bürgerbegehren haben wir den Vorschlag unterbreitet, eine Stiftung „Freies Ufer Griebnitzsee“ zu initiieren. Haben zudem den OB aufgefordert, über die Zugänglichkeit zum Groß Glienicker und Fahrländer See zu berichten. Wir haben uns erneut der Wohngebietszentren am Schlaatz und Zentrum Ost angenommen und den OB aufgefordert, die Einkaufsmöglichkeiten zu erhalten bzw. für zeitnahe Alternativen zu sorgen. Uns ging es um Verkehrssicherheit, Wohnungsbauförderung, das Weltkulturerbe und vieles andere, was wir wie immer im vorliegenden Rathausreport zusammengefasst haben. Wir stehen auch weiterhin für transparente und verlässliche Politik, nicht nur in Wahlzeiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen spannenden September.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



Foto: Fred Marx

einschließlich der Humboldt-Brücke zum Beschluss vorzulegen. Die Vorsitzende des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, Anita Tack, reagierte verwundert auf die nunmehr von der Verwaltung angekündigte Information in der Oktobersession der SVV, was für sie völlig unverständlich ist. Denn bereits im Juni hatte die Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage mitgeteilt: „Angaben des Bauherrn, der Stadt Potsdam, wurden schwerwiegende (vorher nicht erkannte) Schäden an der Brücke festgestellt. Dazu gehören Schäden in der Brücke im Zusammenhang mit Versorgungsleitungen und Leitungsumverlegungen im Bereich der Strecke. Die Mehrkosten ergeben sich demnach aus unvorhergesehenen und zusätzlichen Leistungen im Zuge des Baugeschehens, Materialpreiserhöhungen, Kosten infolge veränderter Bautechnologie und Verkehrslogistik sowie technischer Umplanungen, aber auch auf

Grund der Mehrwertsteuererhöhung.“ Deshalb forderte Anita Tack die Stadtverwaltung nachdrücklich auf, endlich für Transparenz zu sorgen, Ursachen der Verzögerungen und Kostensteigerungen offen zu legen und Perspektiven der weiteren Finanzierung gemeinsam mit der Landesregierung zu erarbeiten. Ein Baustopp an dieser stark befahrenen Landesstraße ist nicht zu akzeptieren, so Anita Tack.

Wegweiser

Die Linksfraktion der Stadtverordnetenversammlung hat ihren „Wegweiser“ neu aufgelegt. Hierin sind die Mitglieder der Fraktion mit ihren Funktionen und Erreichbarkeitsdaten enthalten. Die kleine Broschüre ist an den Infoständen der Fraktion und in der Fraktionsgeschäftsstelle im Stadthaus erhältlich.



von Rolf Kutzmutz

Ein Konzept, das seinen Namen nicht verdient

In Potsdam wird gebaut sang einst der Chor der Bauarbeiter des Wohnungsbaukombinates. Die Bauarbeiter sind in die Jahre gekommen – aber stolz auf das Geschaffene sind sie noch immer – zu recht.

Wohnungsbau wird auch in der Gegenwart und Zukunft in Potsdam gebraucht. Die Stadt wächst, der Leerstand ist gering. Vor zwei Jahren schon wurde festgestellt, dass das Fehlen von günstigem Wohnraum nicht nur den Zuzug junger Familien, Azubis und Studenten erschwert, sondern sogar zur Verdrängung solcher Bevölkerungsgruppen aus Potsdam führen könne.

Unsere Fraktion brachte 2007 einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung ein, der Maßnahmen zur Verhinderung einer solchen Situation festlegte. Mit dem Hinweis zu Überlegungen für ein Wohnungsbaukonzept, das die Verwaltung in Arbeit geben wollte, wurde der abgelehnt.

Ein Jahr später befragte Anita Tack die Landesregierung zum sozialen Wohnungsbau in Potsdam und erhielt zur Antwort, dass „mit dem in Arbeit befindlichen Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ die Landeshauptstadt einen Baustein zur Unterstützung des Wohnungsneubaus“ erarbeitet. Und: „Soweit Engpässe im Wohnungsmarkt der Stadt bestehen, lassen sich diese erst nach Vorlage der angekündigten Wohnungsbedarfsprognose der Stadt abschließend beurteilen.“

Nun liegt ein Konzept vor – den Namen verdient es nicht und Maßnahmen aus denen wir schließen könnten, wann, in welchem Zeitraum und mit wem Wohnungen gebaut werden sollen, ja, wie alle politischen Kräfte diesen Prozess unterstützen können, fehlen.

Der Oberbürgermeister meinte, Frau Tack und Herr Scharfenberg sollten sich im Landtag für mehr Wohnungen in Potsdam einsetzen, anstatt das Konzept zu bemängeln.

Das tun Beide, auch ohne Aufforderung nachgewiesenermaßen längst – nur die Mängel des Konzeptes der Stadt werden damit nicht behoben.

(Der Autor ist seit 1990 Mitglied der SVV und heute Mitglied im Bauausschuss)

Genderbudgeting

Nach 6-monatiger Debatte wurde der Antrag der LINKEN gegen die Stimmen von CDU/ANW, BürgerBündnis und DVU angenommen, ab dem Jahr 2010 in Potsdam erste Maßnahmen zur Einführung des Genderbudgetings zu ergreifen und darüber mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2010 die SVV zu informieren. Das Genderbudgeting ist ein Planungsinstrument, das im Haushalt und seiner langfristigen Planung aufzeigt, wie die Interessen von Frauen und Männern verteilt sind und sich finanziell darstellen.

Museumsdepots

Auf Antrag der LINKEN muss der OB bis zum Ende des Jahres 2009 in einer Mitteilungsvorlage darstellen, wie die Depotsituation des Potsdam-Museums nachhaltig und fachgerecht gestaltet werden kann.

Wetzlarer Straße

Wie von den LINKEN beantragt, muss der Oberbürgermeister nun eine Strategie zur Verlängerung der Wetzlarer Straße von der Nutheschnellstraße zur Drewitzer Straße und weiter zur Heinrich-Mann-Allee einschließlich der städtebaulichen Entwicklung der benachbarten Gewerbeflächen bis Oktober 2009 vorlegen.

Seezugänge

Im November 2009 muss der OB auf Antrag der LINKEN in der SVV einen Bericht zum Stand der Sicherung des öffentlichen Zugangs zum Fahrländer See und zur Einrichtung eines Uferrundweges vorlegen. Zugleich muss er über den Stand der Zugänglichkeit des Groß Glienicker Sees informieren.

Stadtordnung

Im Dezember muss der OB auf Initiative der LINKEN einen Maßnahmenplan zur Durchsetzung der Stadtordnung in den neuen Ortsteilen vorlegen.

Kaufhalle Zentrum Ost

DIE LINKE will erreichen, so Hans-Jürgen Scharfenberg, dass der OB in Gesprächen mit REWE und potenziellen Investoren darauf einwirkt, dass die bisherige REWE-Kaufhalle oder eine andere Verkaufseinrichtung im Wohngebietszentrum von Zentrum-Ost erhalten bleibt. Über den Verlauf soll er monatlich im Hauptausschuss informieren. Der Antrag fand einschließlich einer entsprechenden Aufforderung an REWE eine deutliche Mehrheit.

Heiner-Carow-Straße

Nachdem die bisherige Heiner-Carow-Straße in der Medienstadt in Tarantino-Straße umbenannt worden ist, will die Linksfraktion diesem unsensiblen Vorgehen dadurch begegnen, dass zeitnah eine öffentliche Straße nach dem Potsdamer Filmregisseur benannt wird, um sein künstlerisches Werk zu würdigen, mit der er Filmgeschichte geschrieben hat. Der OB soll dazu umgehend einen Vorschlag unterbreiten. Eine große Mehrheit stimmte dem von Karin Schröter begründeten Antrag zu.

Übrigens...

- gilt nun die neue Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung. Danach wird die Sitzung erst nach Ablauf der Fragestunde offiziell eröffnet und beginnt somit erst gegen 16 Uhr mit der Konstituierung und erst gegen 17 Uhr mit der Arbeit. Dass damit das umfangreiche Programm gar nicht zu schaffen ist, bewies sich an diesem 2. September beispielhaft. Und so musste erneut eine zweite Sitzung am darauf folgenden Montag abgehalten werden, um die Vielzahl der Themen zu bearbeiten. Zudem gibt es noch eine Neuerung. Wenn die Verwaltung nicht in der Lage ist, Wochen zuvor schriftlich eingereichte Fragen zu beantworten, musste sie dies zeitnah schriftlich nachholen. Ab sofort soll das telefonisch erfolgen. Ein Schelm, der Arges dabei denkt.

- schwärmte der Oberbürgermeister darüber, dass das 32,7 Mio EURO Bauvorbereitungsprojekt für den neuen Landtag in der Stadtmitte sich im Zeitplan befindet, jetzt läge der Entwurf vor und das „großartige Ergebnis“ lässt sich schon erahnen. „Die schärfsten Kritiker werden verstummen und am Ende sind dann alle dafür gewesen, obwohl es zuvor gar nicht so war“, so der OB. Mir ging dabei die Debatte der SVV über die PORTA-Ansiedlung durch den Kopf. Damals waren weder der OB noch die ihn tragenden Fraktionen klar dafür. Spätestens bei der Grundsteinlegung wollten dann alle mit aufs Bild.

- wurde der Antrag der FDP, einen neuen Standort für die Stadt- und Landesbibliothek zu prüfen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Karin Schröter hatte für DIE LINKE dargestellt, dass man nach „so langer Diskussion und dem Ringen um die Finanzierung nicht im Galopp die Pferde wechseln“ solle, zumal der jetzige Standort doch „Klasse“ sei.

DIE LINKE-Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete

Nach dem Hin und Her um die „Pufferzone“ zum Schutz des UNESCO-Weltkulturerbes und der noch immer nicht erfolgten Einigung zwischen der Landeshauptstadt und der Landesregierung dazu, fragte **Anita Tack, DIE LINKE**, nach den Gründen, die die Unterzeichnung der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung bisher verhindert haben. Für die Verwaltung antwortete der neue Bau-beigeordnete, dass es keine Kontroverse darüber gäbe, dass die sogenannte Pufferzone beschrieben werden müsse, aber der dazu bislang vorgelegte Vorschlag biete Raum für Missverständnisse. Auf die Zwischenfrage von Anita Tack, dass die Vorgängerin im Amt gesagt habe, dass es nicht nötig sei, eine solche Vereinbarung zu unterschreiben, stellte der Oberbürgermeister klar, dass dies nur scheinbar ein Widerspruch sei. Die Frage, ob man die Vereinbarung brauche oder nicht, hänge vom Inhalt ab. Wenn jedoch jetzt auch das Ministerium gesprächsbereit sei, dann werden wir darauf eingehen. Karin Schröter, DIE LINKE, wollte dann dezi- diert wissen, wie die Stadt zur Pufferzone stehe, worauf der OB unmissverständlich sagte, dass die Stadt natürlich zur Welter- bepufferzone stehe, es ginge zudem nun nur noch um Verfahrensfragen.

Welche konkreten Entscheidungen es zur Finanzierung, zur Standortfrage und zum Baubeginn bzw. zur Inbetriebnahme einer Ersatzsporthalle für die Sporthalle der Universität im Babelsberger Park gibt, fragte ebenfalls **Anita Tack**. Die neue Beigeordnete sagte, dass sie bereits im Bauausschuss darauf hingewiesen habe, dass der zunächst gewählte Ersatzstand- ort „Sandscholle“ schwierig sei. Die Ver- waltung stehe jedoch bei der Uni im Wort und suche nach einem Alternativstandort. Nunmehr liege eine Liste mit in Frage kommenden landes- und einer städti- schen Liegenschaft vor. Man hoffe auf einen Konsens und werde anschließend über die Frage der Kostenverteilung reden müssen. Bei Nutzung einer städtischen Liegenschaft käme ein ppp-Modell in Betracht. Auf Nachfrage von Anita Tack, was eine „angemessene“ Kostenteilung wäre, stellte die Beigeordnete klar, dass dies nur bei städtischen Liegenschaften möglich sei und die Stadt das Grundstück an die Universität übertragen könne und

sich an den Betriebskosten für die städti- sche Nutzung der künftigen Halle betei- ligen könne. Hans-Jürgen Scharfenberg bemerkte, dass es – sollte die Sporthalle wegfallen und eine andere saniert wer- den – zu einem Wegfall von erheblicher Hallenkapazität für Potsdam, z. B. bei der rhythmischen Sportgymnastik käme und ob eine vorübergehende Weiternutzung der Sporthalle am Babelsberger Park möglich sei, sagte die Beigeordnete, dass es gut sei, wenn man gemeinsam eine Lösung finden könnte.

Auf die Frage von **Karin Schröter, DIE LINKE**, nach den Planungen, um das Kunstwerk „Columbarium“ von Luca Lengelt im öffentlichen Raum zu erhal- ten, sicherte die Beigeordnete zu, dass die Skulptur bis zum 31.12.09 an ihrem Standort bleiben würde und bis dahin auch eine Entscheidung in Abstimmung mit dem Künstler und dem Beirat vorlie- gen würde, wo die Skulptur ihren neuen – öffentlichen - Standort haben werde.

Die Verwaltung kann die Beschwerden von Krongut-Parkplatzbenutzern über die lang dauernden Ausfahrtzeiten an den Eigentümer weiterleiten, so der Beigeor- nete auf Nachfrage von **Karin Schröter**, Einfluss auf eine Veränderung der Situa- tion habe die Verwaltung jedoch nicht.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich für die Strukturvariante 5 der künf- tigen interkommunalen Zusammenarbeit der ÖPNV-Unternehmen bzw. der Aufga- benträger Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Havelland und Brandenburg entschieden. Wie weit die Abstimmungen dazu seien, wollte die Verkehrspolitikerin, **Anita Tack** wissen. Der Bürgermeister informierte, dass die anderen Körperschaften dazu noch keine Beschlüsse gefasst hätten. Denkbar sei die Fusion aller zu einer gemeinsamen Tochtergesellschaft aber auch die gemeinsame Steuerung einer Gesellschaft. Dies wolle man noch einmal untersuchen und in absehbarer Zeit die Auswertung bekannt geben.

Welche Fortschritte der Oberbürgermeis- ter in Zusammenarbeit mit der Landes- regierung zur künftigen Förderung von sozialem Wohnungsbau in Potsdam erzie- len konnte, wollte **Anita Tack** wissen. Der zuständige Beigeordnete verwies auf eine Vielzahl von stattgefundenen Gesprä- chen. Wenn das jetzt vorgelegte Stadtent- wicklungskonzept Wohnen beschlossen sei, können die Gespräche vertieft werden. Es gäbe zudem Signale aus dem Ministerium, dass man mit Postdam sprechen wolle, um Förderprogramme entsprechend zu ergänzen. **Hans-Jürgen Scharfenberg** machte darauf aufmerksam, dass die Argumente der Landesregie- rung bekannt seien: Der städtischen Wohnungsgesellschaft ginge es doch so gut, dass sie 2 Millionen EURO an den städtischen Haushalt übergeben könne, wozu bedarf es da der Wohnungsbauför- derung durch Landesprogramme. Wie soll künftig damit umgegangen werden? Der OB verwies darauf, dass das ja nun alles im Konzept stehen würde und die 2 Millionen machen sowieso nur 1 Prozent der Gesamtinvestitionssumme aus. Im Übrigen wolle man keine Sonderregelung für Potsdam, sondern eine, die landesweit gilt. „Lassen wir den 27. September 2009 (Wahltag) vorübergehen, dann sehen wir klarer!“, so Jakobs.

Abgelehnt

Kaufhalle am Schilfhof

Bei der Umsetzung der Ersatzlösung für die Kaufhalle am Schilfhof gibt es wie kürzlich bekannt wurde, Schwierigkeiten, so dass die Stadt vertraglich auf den vereinbarten Ersatzbau drängen soll. Hans-Jürgen Scharfenberg forderte die Verwaltung auf, die Realisierung der neuen Kaufhalle am Schilfhof mit den Möglichkeiten der Stadt zu unterstützen. Dazu soll auch die Gewährung einer Bürgschaft geprüft werden. Nachdem der Oberbürgermeister dem linken Fraktionsvorsitzenden Wahlkampf vorgeworfen hatte, äußerte er sich in herablassender Weise gegen den Antrag und verhinderte damit eine weitere Diskussion im Finanzausschuss. Die Mehrheit will sich offensichtlich nicht mit dem Thema befassen und lehnte das Ansinnen sofort ab.



Wohnungsbauförderung

Anita Tack begründete den Antrag der LINKEN, der in die Ausschüsse überwiesen wurde, wonach die SVV die Landesregierung auffordern soll, die Wohnungsbauförderung im Land zu überprüfen und an die aktuellen Entwicklungserfordernisse anzupassen. Ziel muss es sein, so Anita Tack, den steigenden Bedarf an neuen Wohnungen in der Landeshauptstadt und in anderen Entwicklungszentren des Landes durch eine unterstützende Landesförderung abzusichern.

FreiLand

Die Verwaltung hatte für die SVV entsprechend eines Antrags der LINKEN in der Septembersitzung eine Beschlussvorlage und ein Finanzierungskonzept zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes „FreiLand“ vorzulegen. Da jedoch nur eine unverbindliche Mitteilungsvorlage über den aktuellen Stand durch die Verwaltung eingereicht wurde, wandelte die Linksfraktion dies mit einem Dringlichkeitsantrag in eine Beschlussvorlage um. Sie will damit u. a. erreichen, dass die überfällige Entscheidung zu Spartacus und S 13 beschleunigt wird. Darüber wird nun in den zuständigen Ausschüssen beraten.

Griebnitzseeufer

Hans-Jürgen Scharfenberg engagierte sich mit seiner Fraktion in dieser Sitzung der SVV erneut für das freie Griebnitzseeufer. Man wolle sich nicht mit der Situation abfinden, so Scharfenberg, es ginge um die zügige Bearbeitung des Bebauungsplanes, um die Durchsetzung der Veränderungssperre, um den Erwerb von Grundstücken. Um das erforderliche Geld dafür bereitstellen zu können, beantragte die Linksfraktion, dass der OB bis Dezember 2009 einen Vorschlag zur Gründung einer Stiftung „Freies Ufer am Griebnitzsee“ erarbeitet. Darüber wird der Hauptausschuss beraten.

Radweg

Im Bürgerhaushalt 2009 empfohlen und nun von der LINKEN auf den Weg gebracht ist die Forderung nach einem notwendigen Ankauf von Flächen und die Bereitstellung der finanziellen Mittel für den Bau eines Radweges zwischen Schlaatz und Stern entlang der Heiztrasse. Ob dies umgesetzt und bis 2010 gesichert wird, wie von Hans-Jürgen Scharfenberg in der Antragsbegründung dargestellt, beraten die Ausschüsse, da die SPD zwar grundsätzlich zustimmen würde, aber über die Konsequenzen noch einmal beraten will.

Kita-Analyse

Auf Antrag der LINKEN soll der OB im Zusammenwirken mit den freien Trägern in den Potsdamer Kitas eine Sozialanalyse durchführen. Ziel soll es sein, soziale Schwerpunkte in den Kitas festzustellen, so Hans-Jürgen Scharfenberg, um mit Unterstützung der Stadt gezielt gegensteuern zu können. So sei es schon aus heutiger Sicht zwingend notwendig, den Betreuungsschlüssel in den Kitas zu verändern, was mittlerweile unumstritten ist, da Brandenburg bundesweit Schlusslicht sei. Über den Antrag berät der Jugendhilfeausschuss.

Feriengeld

Der Sozialausschuss wird sich auf Antrag der LINKEN über Möglichkeiten zur Bereitstellung eines Feriengeldes für KinderausALGII-Bedarfsgemeinschaften kundig machen und einen entsprechenden Antrag zur Bereitstellung derartiger Mittel prüfen.

Wettbewerbe

DIE LINKE will erreichen, sagte Anita Tack in der Begründung des entsprechenden Antrags, dass künftig für Planungen und Bauvorhaben in Auftraggeberschaft der Stadt jeweils ein Planungs- und Architekturwettbewerb nach den ab 1. Januar 2009 bundesweit eingeführten Richtlinien für Planungswettbewerbe durchgeführt wird. U. a. soll mit Ausnahme von so genannten offenen Wettbewerben für die das Territorium der Landeshauptstadt berührenden Wettbewerbe mindestens ein Drittel der Teilnehmer aus kleineren Büroorganisationen sowie Berufsanfängern einbezogen werden. Bei der Auswahl der Teilnehmer sollen quantitative Kriterien nicht ausschlaggebend sein.

Lehr- und Unterrichtsmittel

Nachdem nun der Haushalt 2009 der Stadt durch das Innenministerium bestätigt ist, drängt die LINKE darauf, die freigegebenen Mittel für die Versorgung der Schulen mit Lehr- und Unterrichtsmitteln sofort vollständig zur Verfügung zu stellen, sagte die Bildungspolitikerin, Hella Drohla. Im Rahmen künftiger Haushaltsplanungen sollen an den Schulen der Landeshauptstadt keine vorläufigen Mittelsperren für die Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln, vor allem Schulbüchern vorgenommen werden. Obwohl der Bedarf an den Geldern gerade angesichts des schon begonnenen Schuljahres dringend ist, berät nach dem Willen von CDU und SPD nun erst einmal der Bildungsausschuss über den Antrag der LINKEN.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107 bzw. 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
14.; 21. und 28. September; 5. und 12. Oktober 2009

12. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Plenarsaal
07. Oktober 2009, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“
Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistr. 37/39, Am Stern
11. Oktober 2009, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2009
Stadthaus, Raum 3.107
16. bis 21. Oktober 2009 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

16. Oktober 2009	14:30 Uhr	Kepler-Platz, Am Stern	
		15:00 Uhr	Rathaus Babelsberg
		15:00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
		16:00 Uhr	Havel-Nuthe-Center, Drewitz
17. Oktober 2009	09:30 Uhr	Markt-Center, Breite Straße	
		10:00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
		10:00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL
am 23. September 2009 von 16 – 18 Uhr
im Wahlquartier DIE LINKE, Hauptbahnhof Potsdam, Bahnhofspassagen
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Landtagswahl 2009 und Wahl zum 17. Deutschen Bundestag
am 27. September 2009; 8 – 18 Uhr

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE.LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax: 0331-2893119